

Seite 18  
 1 kung  
 ranke  
 300  
 str. 9  
 str. 9  
 1170  
 ebot  
 M. 6.50 an  
 .. 4.00 ..  
 .. 3.00 ..  
 .. 5.50 ..  
 .. 8.50 ..  
 ken, Seiden-  
 -Neustadt  
 anders  
 (Schutz)  
 g  
 trieb  
 bin  
 en  
 itung  
 g.  
 -il-  
 plats  
 art -  
 Sa.  
 m.  
 H.  
 5  
 r  
 .-  
 .-  
 t  
 07

# Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden.  
 Raben & Comp., Nr. 1268.

**Organ der Vereinigten Sozialdemokratie**

Kontkonto:  
 Gebr. Arnold, Dresden  
 und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Albstadt

Bezugspreis einschließlich Druckerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wohlfahrt“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig.  
 Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 26 261.  
 Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
 Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 26 261.  
 Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 20 mm breite Nonparzellzeile 30 Goldpf., die 30 mm breite Reklamazeile 150 Goldpf., für auswärts angelegte 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Wicigsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefübertragung 10 Goldpf.

Nr. 144

Dresden, Montag den 23. Juni 1924

35. Jahrg.

## Geist oder Buchstabe?

Am Sonnabend und Sonntag fand in Dresden eine Beamten Tagung statt, die nur ein Beweis war, wie ernsthaft nämlich ein wichtiger Teil der deutschen Beamenschaft den entscheidenden Problemen der Gegenwart und Zukunft aus dem Wege geht. Es war eine Tagung des Landesverbandes der höheren Beamten Sachsens. Wir wollen uns, um den Geist der Veranstaltung zu charakterisieren, nur an zwei Redner halten, weil gerade sie der Dresdner Öffentlichkeit besonders verantwortlich sind, nämlich Finanzminister Dr. Reinhold und Oberbürgermeister Blüher. In dem, was Finanzminister Dr. Reinhold sagte, war vieles teils falsch, teils nationalfremd, und in manchem, was Herr Blüher erklärte, liegen geradezu Beleidigungen eines großen Teiles der republikanischen Beamenschaft, Verdächtigungen und Angriffe, die es mit aller Entschiedenheit zurückweisen gilt.

Der Finanzminister sagte laut Bericht des hiesigen Monatshefts: „Der Beamte in Deutschland ist niemals Diener einer Partei, sondern lediglich Diener des Staates.“ Was heißt niemals? Will Herr Reinhold sagen, daß der Beamte in Deutschland niemals Diener einer Partei gewesen ist? Auch der übige Tenor der Tagung zeigt eine starke Vergeßlichkeit dessen, was das deutsche Beamtenum in der Vergangenheit bedenklich auszeichnete. Im alten wilhelminischen Deutschland war der Beamte entweder schlechthin Anhänger der konservativen Partei und ihrer Gedankenwelt, oder er „ging“ bei seinem Vorangehen von vornherein. Und daß ein Sozialdemokrat nicht einmal Nachwächler werden konnte, ist inzwischen sprachmächtig geworden.

Wegen dieser durch und durch konservativen Verkörperung der deutschen Bürokratie gehörte ja eben gerade in Deutschland eine energische Republikanisierung der Verwaltung zu den dringlichsten Aufgaben der jungen Republik, und aus Groß über den im alten Deutschland an der Beamenschaft verübten Meinungs- und Gewissenszwang strömten viele der Mithandlungen der Sozialdemokratie zu, die die politische Freiheit auch der Beamenschaft auf ihre Fahne geschrieben hat. Das entloh uns natürlich nicht der Notwendigkeit, sondern machte es dem republikanischen Lager zur Pflicht, in den von konservativen Parteien vererbten Apparat zuverlässige Stützen der Republik einzubauen. Weil die Sozialdemokratie sich im Laufe der Kämpfe, die das junge Staatswesen gegen die offenen und verkappten Wütereien der Reaktion zu bestehen hatte, als das sicherste Bollwerk der Weimarer Verfassung erwies, strömte ihr ein beträchtlicher Teil gerade jener Beamenschaft zu, die es mit der Erfüllung der neuen Verfassung ernst meinte. Was soll es also bedeuten, wenn Herr Blüher sich in die Prust warf:

Es wäre nicht der Wahrheit entsprechend, wenn wir nicht bekennen wollten, daß die Verfassung, das Mitgliedsbuch zu beschaffen, nicht ganz reiflich abgemessen worden ist. Aber wir können mit Freuden feststellen, daß es nur ein geringer Hundertsatz gewesen ist, der dieser Verfassung nicht hat widerstehen können.

Was will nun der volksparteiliche Abgeordnete eigentlich? Soll ein Beamter seiner Partei angehören dürfen, dann heraus mit der Sprache! Dann müßte vor allem von Herrn Blüher die nötigen Konsequenzen verlangt werden. Hat er etwa nicht das Mitgliedsbuch der Deutschen Volkspartei in der Tasche? Wenn sich also das Dresdner Stadtoberrath so geäußert hat, wie es aus dem von uns zitierten Bericht seines Sprachorgans hervorgeht, so hat er nicht nur recht verkehrterweise darauflauf geredet, sondern auch eine Reihe seiner Mitarbeiter herabgelacht.

Im übrigen ist auch auf dieser Tagung an dem entscheidenden Punkt, auf den es für den deutschen Beamten aufkommt, vorbeigeredet worden. Lassen wir die Frage aus dem Spiele, inwieweit der Beamte einer Republik mit sozialer Verfassungsgrundlage sich zu einer entschieden republikanischen Partei bekennen müßte, so wird auch der Landesverband der höheren Beamten Sachsens nicht bestreiten wollen, daß der Diener des Staates auf dem Boden der gültigen Verfassung stehen muß. Auch der Finanzminister Reinhold hat zugestanden: „Darin liegt der große Wert und Vorteil der Beamenschaft, daß sie ausführt, was allein die Verfassung von ihr fordert.“ Was aber fordert denn die Verfassung? Sie ist nicht nur eine Ansammlung von Buchstaben, Paragraphen und Abschnitten, sondern sie ist ein Werk, geboren aus dem Geiste und den sozialen Forderungen unserer Zeit und mit der ganz bestimmten Forderung behaftet, diese Forderungen zu erfüllen! Also wenn der Beamte sich schon nicht zu einer republikanischen Partei zu bekennen braucht — um das Bekenntnis zu dem Geist der Weimarer Verfassung kommt er nicht herum, wenn er's mit seinen Pflichten und mit seinem Eid ernst nimmt. Wir empfehlen verschiedenen höheren Beamten, den Verfassungs-Kommentar eines der Schöpfer des Weimarer Werkes, des Staatsrechtslehrers und ehemaligen Ministers Prof. Preuß, gut durchzudenken! Geist und Wille dieser Verfassung sind etwas grundmäßiglich anders als der Geist des wilhelminischen Kaiserreichs. Hat also jener übergroße Teil gerade der höheren Beamenschaft, die dem wilhelminischen Deutschland in konservativer

Gefinnung, ja man kann sagen: mit konservativem Fanatismus dienen, seine Weltanschauung grundsätzlich geändert? Wenn schon einmal die Gefinnungsfrage angeschnitten wird, ist dieser Punkt nicht zu umgehen. Nicht einer der Redner der Beamten-Tagung hat sich zu dem entscheidenden Punkt geäußert, und es wäre schon ganz gut gewesen, wenn gerade Minister Reinhold hier nicht außer acht gelassen hätte, daß er nicht nur der Minister eines der Verfassungen nach republikanisch-demokratisch sein sollenden Staatswesens, sondern daß er auch das Mitglied einer Partei ist, die die Forderung nach Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung des Staates in ihr Programm geschrieben hat. Allerdings nur in ihr Programm. Ihrem öffentlichen Wirken merkt man herzlich wenig davon an. Gerade die Aufgabe eines demokratischen Ministers wäre es gewesen, zu betonen, was der Demokrat Preuß meint: daß der tote Buchstabe, der starre Paragraph des Weimarer Werkes erst von einem entsprechend sozialen, republikanisch-demokratischen Geiste zu sozialem Leben erweckt und zu dem Instrument wird, das es nach dem Willen seiner Schöpfer und der dahinterstehenden Volksmehrheit sein soll!

Wir wollen nicht bestreiten, daß es nicht immer lauter reine Gefinnung, sondern manchmal auch freiberische Notliebe sind, die diesen oder jenen ins republikanische Lager treiben. Kein Staatswesen, keine Körperschaft ist vor Strebern sicher. Aber vergleicht man den heutigen republikanischen Teil der Beamenschaft mit dem Beamtenum der wilhelminischen Zeit, so schneidet das republikanische Lager, was Horizont und Motive seines politischen Bekenntnisses anbelangt, durchaus günstig ab. Wir wollen nicht breit wiederholen, was ab und zu wiederholt werden müßte: wach verhängnisvolle Rolle die konservativen Unt- und Vierfamilien, die reaktionären abendlichen Alimäler mit ihrer Ketten- und Sippennarrschafft in der Verwaltung spielten. Wir verweisen nur auf die Enthüllungen des ehemaligen sächsischen Innenministers Lippinski, die sich auf entsprechende aktenmäßige Dokumente stützen und nicht entkräftet werden konnten. Ein beträchtlicher Teil der höheren Beamenschaft hat diese Verwaltungskorruption nicht nur widerstandslos, sondern als Selbstverständlichkeit geduldet oder mitgemacht — wozu also das Geheiß des Herrn Blüher, weil Beamte sich gestalten, ein republikanischeres Parteimitgliedsbuch in der Tasche zu tragen als er?!

Etwas mehr Selbstkritik, Aufrichtigkeit und eine gründlichere Stellungnahme zu dem Geiste der Verfassung wären solchen Beamten tagungen dienlich und notwendig, sofern sie der Verantwortlichkeit nicht als höchst überflüssig erscheinen sollen.

## Moralischer Pakt

Herrlots und Macdonalds Uebereinkommen — Endgültige Alliertent Konferenz im Juli in London

Endlich ein bedeutamer, ein entschiedener Fortschritt. Die beiden Leiter der Regierungen Frankreichs und Englands haben sich am Sonnabend und Sonntag in Chequers bei London verständigt über ein gemeinsames Zusammenwirken zur Lösung der europäischen Konflikte auf dem Wege der Demokratie. In der amtlichen Note über die zweiwöchigen Besprechungen wird festgestellt, daß über die Verwirklichung des Sachverständigenrats und der damit zusammenhängenden Schritte allgemeine Uebereinkunft erreicht wurde und daß die endgültige Entscheidung durch eine allgemeine Konferenz der Alliierten Mitte Juli in London zu fällen sei. Demonstrationen werden beide Ministerpräsidenten der Völkerverbundtagung im September in Genf bewohnen, wozu zum Ausdruck gebracht wurde, daß man dem Völkerverbund die wichtigen Fragen der Militärkontrolle usw. zu übertragen gedenkt. Gleichzeitig ist das indirekt wieder eine Mahnung an Deutschland, die Aufnahme in den Völkerverbund zu beantragen. Leider hat just am Sonnabend Reichskanzler Marx einem englischen Pressevertreter seine Aneignung öffentlich kundgegeben mit der Begründung, einflußreiche Mitglieder würden die Aufnahme Deutschlands ablehnen. Rausen hat er nicht genannt, so daß das Ganze auf eine Abweitung der von Macdonald so dringend nahegelegenen Antragstellung hinausläuft. Wie die Dinge jetzt liegen, kommt dem Völkerverbund eine erhöhte Bedeutung zu. Vielleicht ist er einmal ein wichtiges Instrument für Ausgleich und Verständigung, wenigstens für eine gewisse Periode. Da kein besseres Mittel zur Zeit in Aussicht ist, muß mit ihm der Versuch gemacht werden. Unter den demokratischen Regierungen Englands und Frankreichs gewinnt auch der Völkerverbund ein anderes Aussehen.

Bedeutung an der Zusammenkunft in Chequers ist weiter die Kundgebung, daß Macdonald und Herrlot einen moralischen Pakt geschlossen haben zum Zweck fortgesetzter Zusammenarbeit. Des bedeutet zweierlei. Erstens hört damit jedes eigenmächtige Vorgehen Frankreichs (wie es Poincaré beliebte) auf. Zweitens bedingt dies Zusammenarbeit Offenheit und Ehrlichkeit. Deshalb nennen es die Vertragsschließenden auch moralischen Pakt. Es ist das eine Anerkennung der Demokratie, denn Offenheit und Ehrlichkeit leitet die Teilnahme der Volkvertreter und der Völker voraus, so daß die Politik von der geläuteten Öffentlichkeit kontrolliert werden kann. Dies-

## Der gestäupfte Faschismus

Amsterdam, 21. Juni. (Fig. Draht.) Der Internationale Gewerkschaftsbund hat anlässlich des Nordes Matteotti das nachfolgende Telegramm an den italienischen Gewerkschaftsbund geschickt: Namens der uns angeschlossenen Gewerkschaften sprechen wir dem italienischen Proletariat aus Anlaß des faschistischen Mordes an Matteotti Beileid und unüberbrückbare Solidarität aus. Möge der Faschismus, auf dessen Konto schon Tausende von Morde, Brandstiftungen, Plünderungen kommen, die Abscheu in der ganzen Welt hervorgerufen haben, bald verschwinden und Verhältnissen Platz machen, die auch der italienischen Arbeiterbewegung wieder Bewegungsfreiheit geben.

## Gegen die Mörder

Genf, 21. Juni. (Fig. Draht.) Erne abend fand in Genf auf Veranlassung der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei eine internationale Kundgebung gegen die faschistischen Mörder statt. Es sprachen die Arbeiterdelegierten des Internationalen Arbeitsamtes Dubogesch, Holland, Joubert, Frankreich, Mertens, Belgien, Demmer, Deutschland, Pulson, England und die Vertreter Italiens, Schwedens und der Schweiz. Die faschistische Regierung hatte vergeblich versucht, durch einen Druck auf den Schweizer Bundesrat die Kundgebung zu verhindern. Mussolini hat durch den italienischen Gesandten vom Schweizer Bundesrat verlangt, gegen den Staatsrat Genossen Straber in Bern wegen eines Artikels über den Fall Matteotti strafrechtlich vorzugehen.

Amsterdam, 21. Juni. (Fig. Draht.). Der Internationale Gewerkschaftsbund hat anlässlich des Nordes Matteotti das nachfolgende Telegramm an den italienischen Gewerkschaftsbund geschickt: Namens der uns angeschlossenen Gewerkschaften sprechen wir dem italienischen Proletariat aus Anlaß des faschistischen Mordes an Matteotti Beileid und unüberbrückbare Solidarität aus. Möge der Faschismus, auf dessen Konto schon tausende Morde, Brandstiftungen, Plünderungen kommen, die Abscheu in der ganzen Welt hervorgerufen haben, bald verschwinden und Verhältnissen Platz machen, die auch der italienischen Arbeiterbewegung wieder Bewegungsfreiheit geben.

## Mussolini verbietet den „Deuce“

Paris, 21. Juni. (H.) Mussolini hat die Verbreitung des Pariser „Deuce“ in Italien verboten, weil das Blatt besonders ausführliche und entstellte Berichte über die Matteotti-Affäre veröffentlicht habe.

## Mördergeneral de Bonn

Rom, 21. Juni. (E.) Das Giornale d'Italia meldet, daß dem General de Bonn das Kommando der nationalen Miliz entzogen werde, weil er durch die Affäre Matteotti schwer kompromittiert sei. Nach der Tat habe er mit den Mördern und Auftragsgebern noch Zusammenkünfte gehabt. Das Kommando der nationalen Miliz müsse einem General des Heeres übertragen werden.

Bekanntnis von Chequers bringt ein neues Moment ins diplomatische (bisher immer so abgefeimte und betrügerische) Spiel, die Ehrlichkeit. Hoffen wir, daß dieser Vorstoß für die Weiterentwicklung der europäischen Gekundung praktische Wert erhält. Bis zur endgültigen Regelung durch die allgemeine Londoner Konferenz im Juli muß alles — auch von Deutschland — getan werden, was zur Verständigung und zum Abschluß fester Verträge führen kann. Die Entscheidung in all den Wirren scheint nun in der Tat nahegerückt. Die demokratischen Volksmassen haben durch die Wahlen in England und in Frankreich endlich Regierungen ermöglicht, die den Willen und den Mut zur Erfüllung historischer Notwendigkeiten aufbringen. Wenn es gelingt, die nationalpolitischen und reaktionären Treiber zu überwinden und zu bändigen, so daß sich die Demokratie entfalten kann, dann ist ein Weg zum Fortschritt geöffnet. Stößen wir mit der ganzen proletarischen Kraft die Schreitenden auf diesem Wege vorwärts!

## Amtlicher Bericht über die Verhandlungen

London, 22. Juni. Nach Schluß der in Chequers abgehaltenen Besprechungen zwischen Herrlot und Macdonald wurde eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, in der es heißt: Die zwischen den Premierministern Frankreichs und Englands am Sonnabend und Sonntag in Chequers abgehaltenen freundschaftlichen und nicht formellen Erörterungen erstreckten sich auf gewisse Fragen, die sich aus dem Dawes-Bericht ergeben, und auf Maßnahmen, die zu seiner Verwirklichung notwendig sind. Bestimmte Beschlüsse konnten angesichts der schwebenden Unterhandlungen mit der italienischen und der belgischen Regierung nicht gefaßt werden. Die Unterredungen ergaben eine allgemeine Uebereinkunft zwischen den Regierungen Frankreichs und Englands, und auf Seiten der beiden Premierminister die gemeinsame Entschlossenheit, den Schwierigkeiten in sorgfältigstem Zusammenwirken entgegenzutreten, welche nicht nur die beiden Länder, sondern auch die ganze Welt bedrücken. Es herrschte Uebereinkunft darüber, daß im Einverständnis mit den anderen Alliierten eine Konferenz in London nicht später als Mitte Juli abgehalten werden solle, um eine endgültige Verständigung über das einflussreiche Verfahren herbeizuführen. Ein solches Verbleib zwischen den beiden Premierministern Uebereinkunft darin, daß sie sich beide zur Eröffnung der Völkerverbundtagung im September dieses Jahres zu kurzem Aufenthalt nach Genf ergeben werden.